



Zeitung des RSB/IV. Internationale

Metalstreik: Toller Start. *Jetzt nachlegen!*

Die erste Woche im Streik für 6,5% und ERA ist vorbei. Das war ein toller Start. Über 60.000 Streikende haben Gesamtmetall in Baden-Württemberg gezeigt, was Sache ist. In allen Bezirken gab es Warnstreiks und Kundgebungen. Sie werden ausgeweitet.

Jetzt rollt die La-Ola-Streikwelle nach Berlin-Brandenburg. Warum nicht auch nach Bayern? Und eine Urab-

stimmung in allen Bezirken wäre ein weiterer Dämpfer für das Kapital.

Flexible Streiks sind gut. Sie müssen aber auch flexibel gehandhabt werden. „Alle nur für einen Tag“, heißt das Streikkonzept der Bezirksleitungen. Das ist zu starr. Manche Betriebe könnten zwei, drei Tage ohne die Folgewirkung der kalten Aussperrung lahm gelegt werden. Das können die betrieblichen Streikleitungen am besten beurteilen.

Die Angestellten wurden bisher zu wenig einbezogen. Die Azubis kaum.



Streik-Demonstration von Alstom Power am 7.5. in Mannheim.

Das muss sich ändern. Wer mit ERA gleiche Entgelte will, muss auch gemeinsam für ERA kämpfen. Also ArbeiterInnen, Angestellte und Azubis gemeinsam in den Streik, wenn es der Organisationsgrad erlaubt.

Bei Alstom Power in Mannheim zogen die Kolleginnen und Kollegen im Demozug durch die Stadt zum Streiklokal. Das stellte Öffentlichkeit her. Streikposten verhindern nicht nur Streikbruch. Sie sind auch eine Info-
börse für die Bevölkerung. Medienauftritte einzelner Spitzenfunktionäre

sind wichtig. Sie können aber weder Infostände in den Stadtteilen noch Flugblätter für die KollegInnen der Nachbarbetriebe ersetzen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen sind besonders in der Hauptstadt angesagt.

Dazu gehört auch die Aufklärung über heiße und kalte Aussperrung. „Aussperrung ist Terror“, heißt es auf dem IGM-Pla-

kat. Wir müssen Gesamtmetall das Terrorinstrument des § 146 SGB III aus der Hand schlagen. Da helfen weder Bitten beim Kanzler noch Appelle an die Politik. Gegen Aussperrung ist Selbsthilfe angesagt: Von der Unterschriftensammlung über die Belegschaftsversammlung im Betrieb bis hin zur Betriebsbesetzung.

Niemand hat ein fertiges Konzept, um sicher die 6,5 Prozent und ERA durchzusetzen. Klar ist aber, dass wir einen Gang zulegen müssen.

INHALT

- **Betrieb & Gewerkschaft**
 - Gemeinsam kämpfen 3
 - Halbe Sachen gefährden
den Erfolg 4-5
 - Gewerkschaftsbürokratie 6
 - Tarifrunde Bau 7
 - Berichte aus Stuttgart
und Mannheim 7
 - ver.di-Tarifrunde 8
- **Frauenbefreiung**
 - Kinder, Küche, Kirche – Fesseln im
Streik? 9
- **Innen**
 - Politikwechsel oder Sozialistische
ArbeiterInnenpartei 10
 - Gysi 10
- **International**
 - Gelebte internationale Solidarität .. 11
 - Frankreich nach den
Präsidentschaftswahlen 12

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der *Avanti* ist ganz dem Streik in der Metallindustrie gewidmet. Für uns haben der Metallstreik, wie auch die Tarifaussinandersetzungen bei Bau und ver.di, große Bedeutung. Die Lohnabhängigen sind endlich auch in der BRD in Bewegung gekommen. Wie weit sie reicht, wird sich noch herausstellen. Je länger der Kampf dauert, um so größer werden seine politischen Folgen für das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“.

Wegen zusätzlicher Kosten bei Porto, Versand und v.a. wegen der höheren Auflage der *Avanti* bitten wir euch dringend um Spenden auf das nebenstehende Sonderkonto „*Avanti*“. Viel Spaß beim Lesen und vor allem viel Erfolg beim Weiterverkauf wünscht euch

Eure Redaktion

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

KONTAKTE

RSB-Büro: Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; Telefon und Fax: 0621/1564046; E-Mail: buero@rsb4.de, Internet: www.rsb4.de
(„Links“ zu Organisationen der IV. Internationale auf der RSB-Homepage)

RSB Aachen: über RSB Köln; **RSB Berlin:** Postfach 170116, 10203 Berlin; **RSB Dithmarschen:** Hirtenstaller Weg 34, 25761 Büsum; **RSB Duisburg:** über RSB Oberhausen; **RSB Essen:** PLK 067310, 45468 Mülheim/Ruhr; **RSB Frankfurt/M.:** über RSB Wiesbaden; **RSB Hagen:** über RSB Essen, **RSB Halle:** über RSB Berlin; **RSB Hamburg:** c/o Gerlef Gleiss, Steinwegspassage 6, 20355 Hamburg; **RSB Karlsruhe:** c/o Sozialistische Linke, Gewerbehof/Steinstr. 23, 67133 Karlsruhe; **RSB Köln:** c/o Verlag Neuer Kurs, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln; **RSB Mannheim/Ludwigshafen/Weinheim/Heidelberg:** RSB Rhein-Neckar, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim; **RSB Mainz:** c/o Michael Weis, Karl-Trau-Strasse 18, 55130 Mainz; **RSB Marburg:** c/o Infoladen Metzgergasse 1b, 35037 Marburg; **RSB München:** c/o „Linke Projekte“, Gravelottestraße 6, 81667 München; **RSB Neukirchen-Vluyn:** über RSB Oberhausen; **RSB Oberhausen:** c/o A. Walther, Elsa-Brändström-Strasse 66, 46045 Oberhausen; **RSB Oldenburg (Nds.):** über RSB Hamburg; **RSB Potsdam:** Lindenstr. 53, 14467 Potsdam; **RSB Simbach am Inn:** über RSB München; **RSB Stuttgart:** c/o O. Jaiser, Nellinger Str. 17, 70619 Stuttgart; **RSB Tübingen:** über RSB Stuttgart; **RSB Trier:** c/o Infoladen Trier, Hommerstr. 14, 54290 Trier; **RSB Wiesbaden:** c/o Infoladen linker Projekte, Werderstrasse 8, 65195 Wiesbaden.



Die monatlich erscheinende Zeitschrift des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) berichtet regelmäßig über Themen aus Betrieb und Gewerkschaften, zur Innenpolitik und zu internationalen Themen.

Zu bestellen über
das zentrale RSB-Büro:

RSB, Verbindungskanal/
Linkes Ufer 20-24,
68159 Mannheim

oder E-Mail:

avanti@rsb4.de
buero@rsb4.de

Jahresabo (mind. 11 Ausgaben)

25 Euro

Halbjahresabo

13 Euro

Förderabo (1 Jahr)

mind. 40 Euro

Probeabo (3 Ausgaben)

5 Euro

Den Betrag bitte auf das Konto 634 816 106 auf der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10 überweisen. Auslandsbezug auf Anfrage.

IMPRESSUM: *Avanti* – Zeitung des *Revolutionär Sozialistischen Bundes/IV. Internationale* (RSB) – erscheint monatlich (mindestens 11 mal pro Jahr). V.i.S.d.P.: Peter H. Kreitz; Redaktion: Daniel Berger, Heiko Freund, Joe Hill, Peter H. Kreitz, E. Lorenz, Albert C. Rosner; mitbegründet von Hans-Jürgen Schulz; Kontakt und Abonnement: RSB, Verbindungskanal/Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der HerausgeberInnen wieder. EinsenderInnen von Manuskripten und Briefen erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Die Zeitschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Gewerkschafts- und länderübergreifend: Gemeinsam kämpfen!

Immer noch ist die IG Metall so etwas wie eine Lokomotive. Was sie durchsetzt hilft den Gewerkschaften in anderen Branchen und setzt Maßstäbe für die gesamte Gesellschaft. Ohne Kampf läuft nichts. Wenn Gesamtmetall nicht über den Chemieabschluss hinaus wollte, hat das vorwiegend politische Gründe. Das Kapital will die Gewerkschaften schwächen und sie handlungsunfähig machen.

Dieser Plan ist mit den erfolgreichen Urabstimmungen durchkreuzt worden. Die erste Streikwoche lief nach den Plänen der IG Metall. Sie war ein Erfolg, weil kleinere und mittlere Belegschaften wirklich einbezogen wurden. Doch im Verlauf der ersten Woche wurde deutlich, dass die Gewerkschaftsführung kein Konzept hat. Das bestätigt auch eine Tagung aller Bevollmächtigten in Baden-Württemberg. Niemand fragte dort, was die Antwort der IG Metall sein soll, wenn das Kapital weiter stur bleibt.

In dieser Situation gewinnen gewerkschafts- und länderübergreifende politische Anstöße eine große Bedeutung. Gerade dafür sind heute die Bedingungen deutlich besser als in den vergangenen Jahren.

GEWERKSCHAFTSÜBERGREIFEND

Gewiss sind die Verhältnisse in den verschiedenen Branchen so ungleich wie die Voraussetzungen in den einzelnen Gewerkschaften. Dennoch hat sich das Bewusstsein der Lohnabhängigen aus den unterschiedlichsten Betrieben und Gewerkschaften in den letzten Monaten in eine ähnliche Richtung entwickelt: „Wir sind zu oft über den Tisch gezogen worden. Das Arbeitsplatzargument zieht nicht. Jetzt sind wir dran!“, heißt es.

Erste Anzeichen für eine gemeinsame Front der Gewerkschaften waren während der ersten Streikwoche in Baden-Württemberg zu sehen. Dort sind z. B. MetallerInnen zu einer tarifpolitischen Konferenz von *ver.di* gezogen und es gab auch schon erste Besuche von KollegInnen von *ver.di* bei Streikposten vor Metallbetrieben. Bei *ver.di* treten verschiedene Tarifrunden gerade in die „heiße Phase“: Druck und Papier, Großhandel, Einzelhandel.



Aufgrund des desolaten internen Zustands von *ver.di* (siehe hierzu das Interview in dieser *Avanti* S. 8) müssen die Initiativen von unten ausgehen. Hier kann jeder kleine Anstoß große Bedeutung erlangen.

Selbst in der Bauindustrie – einem Bereich, der sich in einer extremen Defensivsituation befindet – gibt es die Chance für größere Protestaktionen. Die Bereitschaft jedenfalls, gemeinsam mit MetallerInnen aktiv zu werden, ist wirklich vorhanden.

Und auch jenseits der Gewerkschaften verbreitet sich die Erkenntnis, dass gegen die neoliberale Politik aktiv gekämpft werden muss und die gemeinsame Gegenwehr am ehesten Erfolg verspricht. Aus dem Bereich, der gemeinhin als das „Lager der Globalisierungsgegner“ bezeichnet wird, wird heute aufmerksamer auf das Geschehen in der ArbeiterInnenklasse geschaut als noch vor ein bis zwei Jahren. Dazu haben vor allem die riesigen Mobilisierungen in Spanien und Italien beigetragen.

LÄNDERÜBERGREIFEND

Eine Beobachtung haben jedenfalls unsere GenossInnen in ganz Europa gemacht: Die riesige Demonstration in Barcelona mit 500.000 Protestierenden „Gegen die EU des Kapitals“ und ganz besonders die einzigartige Demonstration in Rom mit mindestens 2 Millionen TeilnehmerInnen und dem Generalstreik vom 16. April für den Erhalt des Kündigungsschutzes haben die Menschen beeindruckt. Wenn es

früher oft hieß: Wir müssten „französisch“ reden, heisst es heute: Mit Regierung und Kapital „italienisch“ sprechen!

Das Bewusstsein, dass wir durchaus kämpfen können und nicht wehrlos sind, verbreitet sich wieder. Jetzt kommt es darauf an, die verbesserte Ausgangslage zu nutzen. Die Kontakte zwischen den Gewerkschaften und von den Gewerkschaften zu den sozialen Bewegungen müssen hergestellt werden. Denn auf die gewerkschaftlichen Apparate können wir uns nicht verlassen.

Schließlich ist die IGM-Führung nur in den Kampf gezwungen worden. Sie wird versuchen ihn so bald wie möglich zu beenden – Hauptsache sie kann einen Abschluss vorweisen, mit dem sie sich in die Betriebe trauen kann. Die Gewerkschaftsführung wird noch nicht einmal bei der Bundesregierung die Abschaffung des Antistreikparagraphen (§146 SGB III) anmahnen. Denn Schröder hat den Spitzen der IG Metall klar erklärt, dass er nicht daran denkt, sein Wahlversprechen einzulösen (und für das nächste Mal wird er es noch nicht einmal versprechen). Und da der Gewerkschaftsbürokratie die Wiederwahl von Schröder wichtiger ist als alles andere, sind von ihr keine Aktivitäten zu erwarten.

Um so mehr sind Initiativen von unten nötig, z.B. die Unterschriftenaktion der Verwaltungsstelle Offenbach oder die Postkartenaktion der Verwaltungsstelle Frankfurt am Main zur Abschaffung des Antistreikparagraphen (siehe dazu auch www.labournet.de). Dies sind gute Beispiele für die notwendige Politisierung des Tarifkampfes. Dabei gilt es, die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes gegen Kabinett und Kapital herauszustreichen.

D. Berger

Flugblatt-Serie des RSB zur Metall-Tarifrunde unter www.rsb4.de

Halbe Sachen gefährden den Erfolg

Am Ende der ersten Streikwoche in Baden-Württemberg steht fest: der Metallstreik muss erheblich ausgeweitet werden, um zu einem für die Mitgliedschaft annehmbaren Ergebnis zu führen.

Der Streik für 6,5% mehr Lohn und ERA findet nicht statt, weil ihn die Gewerkschaftsführung will, sondern weil er ihr von den Aktiven in den Betrieben aufgezwungen wurde. Die Losung 9,5% mehr Lohn hatte zuvor von Betrieb zu Betrieb die Runde gemacht. Andere Forderungen lagen nur wenig darunter. Stehen die Metallindustriellen durch die Wirtschaftskrise unter Druck, so die IGM-Führung durch die aktiven, kritischen Vertrauensleute. Dass die Tarifrunde der Chemieindustrie dazwischen kam, hat eine Einigung mit Gesamtmetall nicht erleichtert. Mit einer 3 vor dem Komma konnten Zwickel und Peters nicht abschließen.

Zwar hatte sich der Funktionärskörper während der Verhandlungen auf Tarifkampf vorbereitet. Aber bei den Hauptamtlichen überwog die Hoffnung, dass der Streik nicht kommen würde. Nur wenige begriffen, dass die IG Metall endlich wieder den Lohnabhängigen ihre Nützlichkeit beweisen muss. Eine andere strategische Ausrichtung durchsetzen können sie nicht. Die Halbherzigkeit der IGM-Bürokratie drückte der ersten Streikwoche den Stempel auf.

NEUE STREIKTAKTIK

Im ersten Streik im IGM-Bezirk Baden-Württemberg seit 1984 wird als neue

Streiktaktik der *Flexi-Streik* angewandt. Früher beschränkten sich bei der *Mini-Max-Taktik* die Streiks auf ein Minimum von Großbetrieben mit wirtschaftlich maximaler Auswirkung. Zum Problem für die Gewerkschaften wurden dabei die kalten Folgeaussperrungen in anderen Bezirken. Mit der neuen Flexi-Taktik werden erheblich mehr Betriebe bestreikt. Während 1984 nur 20.000 GewerkschafterInnen streikten, legten 2002 in der ersten Woche über 60.000 Lohnabhängige die Arbeit nieder. Zum ersten Mal erfasst die Streikwelle auch alle drei Tarifgebiete Baden-Württembergs gleichzeitig. In der zweiten Woche greift sie auf den Bezirk Berlin-Brandenburg über. Vielleicht wird danach Bayern folgen. Die neue Streiktaktik ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ihre Umsetzung hat erhebliche Mängel.

FLEXIBLER STREIK STARR GEHANDHABT

Zunächst einmal hätten in der ersten Woche in Baden-Württemberg mehr Betriebe bestreikt und die Streikwelle sofort auf Berlin-Brandenburg ausgedehnt werden müssen. Vor allem aber: Die Streiks sind bisher je Betrieb auf nur einen Tag begrenzt. Damit soll die kalte Aussperrung als Folgewirkung in anderen Bezirken vermieden werden. Die Idee ist nicht ganz falsch. Doch wird von der Bezirksleitung herab allen Betrieben gleichermaßen der eine Streiktag vorgeschrieben. Dabei ist die betriebliche Situation völlig unterschiedlich. Während z.B. in Stuttgart bei *Kühler Behr* nach einem Tag Streik tatsächlich die Aussperrung „just in time“ in anderen Betrieben droht, könnten z.B. *Porsche*, *Lapp* oder *Bosch Leinfelden* mehrere Tage ohne Folgewirkung streiken. Mit anderen Worten: Die „flexible Streiktaktik“ wird von der IG Metall-Bürokratie nicht flexibel, sondern starr gehandhabt. Nur halbherzig

durchgeführt, tut der Streik dem Metallkapital nicht richtig weh.

DIE EINEN KÄMPFEN, DIE ANDEREN SCHAUEN ZU

Ein weiteres Problem ist die Einbeziehung der Metallereinen. In verschiedenen Betrieben sind in der ersten Woche neben den ArbeiterInnen nur die Angestellten aus der Produktion (z.B. Meister, Arbeitsvorbereitung) in die Streiks einbezogen worden. Da die Angestellten in Verwaltung und Konstruktion oft die Mehrheit einer Belegschaft ausmachen, trat manchmal mit den ArbeiterInnen die Minderheit einer Belegschaft in den Ausstand. Während die einen kämpften, mussten die anderen zuschauen. Das kann für das Bewusstsein nur demoralisierende Folgen haben. Ähnliches gilt, wenn die Azubis im Werk weiter lernen müssen, während ihre älteren KollegInnen vor dem Tor stehen. Gerade die Auszubildenden sind zusammen mit den MigrantInnen oft die aktivsten und begeisterungsfähigsten Teile einer Belegschaft. Ihre Ausgrenzung kann die Azubis nur der Gewerkschaft entfremden.

AKTIVER STREIK UND ÖFFENTLICHKEIT HERSTELLEN!

Einige Streiks wurden aktiv geführt. Die KollegInnen standen Streikposten, die Aufgaben wurden auf viele verteilt. Vor anderen Betrieben stellten nur Betriebsräte und Vertrauensleute die Streikposten. In einzelnen Fällen wurden die Streikposten nach wenigen Stunden völlig abgezogen. Dabei haben Streikposten nicht nur die Aufgabe, den Streikbruch zu verhindern. Ebenso wichtig ist die Herstellung von Öffentlichkeit auf der Straße und im Stadtteil. Das hat bei einigen Betrieben wie *Porsche Zuffenhausen* hervorragend geklappt. Das mag in einem reinen Gewerbegebiet schwieriger sein. Hier ist die Information benachbarter Belegschaften mit Flugblättern möglich. Hinzu kommen muss die Information der Bevölkerung im Stadtteil durch Infostände auch an Tagen, an denen der „eigene“ Betrieb nicht bestreikt wird. Eine solche offensive Informationspolitik hat bisher fast völlig gefehlt. Zwi-



ckel, Peters und Huber setzen auf ihre Solo-Auftritte in den Medien, statt auf die breite, kollektive Information durch die (streikenden) MetallerInnen.

WAS SIND DIE GRÜNDE?

Sicherlich haben viele KollegInnen im „kampfstarken“ IGM-Bezirk Baden-Württemberg kaum Kampferfahrungen. Da die letzten Streiks 1984 und 1978 waren, verfügt nur ein Drittel oder ein Viertel, oft noch weniger der heutigen Belegschaften über eigene Erlebnisse im Tarifkampf. Diese Lücke kann auch durch die seit '84 stattgefundenen innerbetrieblichen Kämpfe nicht ausgeglichen werden. Hier müssen selbst viele Aktive neu lernen, einen Tarifkampf zu bestehen.

Erschwerend hinzu kommt die bürokratische Haltung des Gewerkschaftsapparats zum Streik, die in ihrer Politik der Sozialpartnerschaft und Standortsicherung über das *Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit* und ihrer Nibelungentreue zur kapitalistischen SPD-Regierung begründet ist. Die Führung der IG Metall muss einen Streik durchführen, den sie nicht will und vor dem sie die Angst hat, dass er ihr bei längerer Dauer außer Kontrolle gerät. Daraus erklären sich die häufigen Kompromissangebote und -andeutungen an Gesamtmetall. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein hochrangiger Gewerkschaftsvertreter die Bereitschaft zu Kompromissen verkündet, wenn „die Arbeitgeber was drauflegen“. Dazu reicht der Bürokratie eine 4 vor dem Komma.

Zum anderen versucht die IGM-Bezirksleitung die Gewerkschaftslinken um das *Tarifinfo* auszubremsen, die sie hinter den Kulissen für den Streik mitverantwortlich macht. Es ist kein Zufall, dass *Daimler-Chrysler Mettingen* nicht in den Streik genommen wurde und dass die Bezirksleitung verschärft Kontrollen bei Streikbetrieben durchführt, wo klassenkämpferische KollegInnen Verantwortung tragen. Vor allem aber werden die Streikleitungen der Großbetriebe bürokratisch von oben eingesetzt bzw. kontrolliert und dabei linke GewerkschafterInnen ausgegrenzt, um schon im Vorfeld radikalere Streikaktionen zu verhindern. Denn sollte der Streik mehrere Wochen dauern, werden zumindest in den bestreikten Betrieben die Erwartungen der Lohnabhängigen steigen.

VON DER TAKTIK ZUR FIXEN IDEE?

Wird die Vermeidung von Lieferstopps zur Verhinderung der kalten Aussperrung zur ausschließlichen Orientie-

rung, dann kann der Streik nicht mehr offensiv und politisch geführt werden. Wenn nicht lange genug gestreikt wird und vor allem nicht dort, wo es die Gegenseite voll treffen würde, hat die Gewerkschaft kaum eine Chance, den erforderlichen Druck aufzubauen.

Wenn die rollierenden Streiks weiterhin auf ein-Tages-Streiks begrenzt werden, und bisher deutet alles darauf hin, dann verfestigt sich der Eindruck bei der Gegenseite, aber auch bei den Lohnabhängigen, dass es sich hier nur um verlängerte Warnstreiks handelt. Die kann das Kapital noch lange durchstehen.

Die gesamte Kampfführung ist zu unpolitisch, zu legalistisch und zu sehr auf Schonung der Streikkassen ausgerichtet. Wenn tatsächlich z.B. durch einen Streik bei Daimler-Chrysler Mettingen keine Achsen im Schwesterbetrieb in Bremen



eintreffen würden, dann könnte z. B. dort eine unbefristete Betriebsversammlung durchgeführt werden. Die KollegInnen könnten zur Unterbrechung der Versammlung, um sich „die Füße zu vertreten“, in die Stadt ziehen und dafür einige zentrale Kreuzungen benutzen, und das am nächsten Tag wieder. Und sie könnten eine Kampagne in der Bevölkerung starten: „Wer aussperrt gehört eingesperrt!“

D. Berger/B.B.
10.5.02



Kontrolle der Produktion

Die kalte Aussperrung bedroht die Lohnabhängigen in nicht bestreikten Tarifbezirken. Die Bosse reden dort schnell von den Folgewirkungen der Streiks und sperren aus. Dann ist Überprüfung und Kontrolle durch die betroffenen ArbeiterInnen und Angestellten angesagt. Sie kennen „ihren“ Betrieb am besten. Ihre Informationen müssen bei der Vertrauenskörperleitung zusammenlaufen und an die Betriebe in den Streikbezirkendurchgegeben werden.



Betriebsbesetzung gegen Aussperrung

Die Gefahr der heißen und kalten Aussperrung bedroht den Tarifkampf. Dagegen schützen weder Appelle noch Unterschriftensammlungen. Sie können allenfalls bei der Öffentlichkeitsarbeit helfen. Aber im Fall der Fälle sind Aktionen nötig. Deshalb: Mehrtägige Betriebs- und Jugendversammlungen in den bedrohten Betrieben, Sitzstreiks am Arbeitsplatz bis hin zur Betriebsbesetzung.



Streikrecht für Azubis

Auch Auszubildende haben Streikrecht. Zu Recht weist die IG Metall auf ihrer Homepage darauf hin: „Beschäftigte haben das Recht, sich an einem gewerkschaftlichen Streik zu beteiligen. Das gilt auch für Auszubildende. Für Mitglieder der IG Metall ist der Streikbeschluss des Vorstands verbindlich. Sie können sich auf die Rechtmäßigkeit des Streikaufrufs ihrer Gewerkschaft verlassen.“

Aber: Azubis werden oft nicht in die Streiks einbezogen. Was tun? Erst eine Versammlung der Auszubildenden abhalten. Dann gemeinsam vors Tor zu den Streikposten gehen und sich einfach am Streik beteiligen. Die IG Metall-Ortsverwaltung möchten wir sehen, die es wagt, die Azubis wieder zurück ins Werk zu schicken.

IG Metall-Spitze: Spitze des bürokratischen Apparats

Zeigt die Empfindlichkeit des IG Metall-Vorstandes gegenüber den Stimmungen an der Basis sowie ihre Entscheidung für den Streik, dass sie nur wenig bürokratisch ist?

Nach dem Scheitern der Verhandlungen am 19. April, bewies die IG Metall-Spitze, dass sie sich auf ihren hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionsapparat verlassen kann. Innerhalb weniger Tage wurden die Streikvorbereitungen von einer „Vorsichtsmaßnahme für alle Fälle“ auf „volle Pulle zur Bewältigung der Urabstimmung“ umgestellt. Der Vorstand bewies damit auch, dass er noch über ausreichend viele Antennen verfügt, um die Stimmungen in den Betrieben aufzufangen und im wesentlichen richtig zu bewerten.

Doch das heißt noch lange nicht, dass die Gewerkschaftsspitze auch bereit ist, wirklich die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Für den Erhalt der Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften ist ein wirklicher Kampf nicht erst seit diesem Jahr erforderlich.

BÜROKRATIE, WAS IST DAS?

Das, was wir als Gewerkschaftsbürokratie im Bereich der IG Metall bezeichnen, setzt sich heute im wesentlichen aus zwei unterschiedlichen Teilen zusammen:

a. Einen gewissen „Grundstock“ der Bürokratie stellen die Spitzen vieler (nicht aller) Betriebsräte, vor allem die berühmten Betriebsratsfürsten in den Großbetrieben. Sie verfügen aufgrund ihrer Stellung schon über eine Reihe von Privilegien und haben oft sogar eine gewisse Macht, zumindest in normalen Zeiten. Oft verfügen sie über Positionen in der SPD. Überhaupt ist dies ein Grundzug bundesdeutscher Gewerkschaftsbürokraten, dass sie sich zur Förderung ihrer Karriere das SPD-Parteibuch zulegen.

b. Der größte, vor allem der entscheidende und alles kontrollierende Bereich ist der Kern des Hauptamtlichenstabes ab Bevollmächtigte (also ab Verwaltungsstellengeschäftsführer) aufwärts. Politisch gehören selbstredend nicht alle dazu, aber nach unserer vorsichtigen überschlägigen Schätzung sind dies – in unterschiedlicher Ausprägung – mindestens 90%.

Aber auch viele politische SekretärInnen unterhalb der Ebene der Bevollmächtigten sind bürokratisch ausgerichtet. Der hohe Prozentsatz an BürokratInnen im Apparat ergibt sich zum einen aus der lang anhaltenden äußerst ruhigen Großwetterlage in der politischen Landschaft. Da der Klassenkampf in der BRD nur auf äußerst niedrigem Niveau und mit wenig Bewegung stattfindet, können sich reine Apparatschiks in diesen Positionen festsetzen, bzw. viele der Funktionäre werden zu solchen, wenn sie nicht gleichzeitig in eine politische Klassenkampforganisation integriert sind. Und solche Organisationen sind bekanntlich bei uns dünn gesät bzw. haben wenig Ausstrahlungskraft.

Zum anderen wirkt die materielle Grundlage des hauptamtlichen Funktionsapparats in Richtung Anpassung an das herrschende (kapitalistische) Bewusstsein. Wer Monat für Monat bedeutend mehr „verdient“ als die höchste Gehaltsstufe im Tarifvertrag der IG Metall, der/die ist von den wirklichen Lebenslagen derjenigen Menschen, die eine Gewerkschaft brauchen, die vor allem eine kämpferische Gewerkschaft brauchen, sehr weit entfernt. Bekanntlich prägt das Sein das Bewusstsein, und gerade da, wo Menschen sich einen ganz anderen Lebensstil angewöhnen, haben sie wenig Veranlassung, sich gegen die Angriffe des Kapitals zu wehren oder gar die Gesellschaft zu verändern. Schließlich sind diese Menschen noch nicht einmal im alltäglichen Leben der Unternehmerwillkür bzw. der Macht des Kapitals ausgesetzt, das den KollegInnen schlechte Arbeitsbedingungen, Stress, Schichtarbeit usw. zumutet.

Bezeichnend für die Bürokraten ist, dass sie ihr Einkommen gegenüber der Mitgliedschaft verheimlichen, was die Distanz nur noch vergrößern kann. Wenn die Mitglieder des „Geschäftsführenden Hauptvorstands“ annähernd dreimal so viel verdienen, wie die höchste Gehaltsgruppe im Tarifvertrag und der Vorsitzende sogar auf über 15 000 Euro im Monat

kommt (sein Chauffeur und die sonstigen Annehmlichkeiten gar nicht mitgerechnet), dann ist klar, dass hier zwischen einer Monteurin am Band und den Spitzenbürokraten einfach Welten liegen.

Das einzige, was der Bürokratie letztendlich nahegeht und sie existenziell berührt, ist die Zahl der „Vollbeitragszahler“. Dies ist auch die ausschließliche Motivation für die Gewerkschaftszusammenschlüsse der letzten Jahre gewesen: Gewisse Rationalisierungen im Apparat durchführen, um die materielle Grundlage zumindest für die Spitzen der Bürokratie zu bewahren. In manchen Gewerkschaften, wie *ver.di*, ist aber dieser Prozess alles andere als erfolgreich abgeschlossen (vgl. dazu das Interview auf Seite 8).

Wenn die IG Metallspitze diese Mal die Verhandlungen hat scheitern lassen, dann deswegen, weil trotz allem konservativem Beharrungsvermögen der Handlungsdruck verspürt wurde. Insofern beweist die IG Metall-Spitze mit diesem Kurs, dass sie immer noch eine Arbeiterbürokratie ist, abhängig von der politischen Stimmungslage und den Erwartungen der Basis, gleichzeitig aber bemüht, wirkliche Zuspitzungen zu verhindern, vor allem dann, wenn ihre eigene Stellung davon berührt würde.

lila

Wichtig!



Das Tarifinfo der Gewerkschaftslinken ist unter www.labournet.de erhältlich.

Tarifrunde: Streik im Baubereich?

Das Verhandlungsangebot von Bauindustrie- und Baugewerbeverband lässt der IG BAU eigentlich keine andere Wahl, als zu streiken.

Die von der IG BAU geforderten 4,5% Lohnerhöhung, die Angleichung der Löhne von Ost an West und die Absenkung der Arbeitszeit auf 37 Stunden fallen selbst im Vergleich zu den nicht üppigen Forderungen der IGM moderat aus. Nun sind aber der Organisationsgrad und Durchsetzungsfähigkeit im Baubereich weitaus geringer, zumal es mit der Baukonjunktur seit 1993 bergab ging, viele Betriebe sich ohnehin nicht an Tarifbestimmungen halten und Lohndrückerei allgegenwärtig ist. Dieser Zustand hat wohl auch die Verbände des Baukapitals zu ihren Forderungen verleitet:

Nachdem die Reallöhne in den letzten Jahren schon gesunken sind, fordert das Kapital eine Nullrunde und Senkungen bei der Auslöse, den (im Baubereich außerordentlich wichtigen) Fahrtkostenzuschüssen und den Überstundenzuschlägen. Im Bereich der Arbeitszeit soll eine Woche

Urlaub gestrichen, der Sonnabend regulärer Arbeitstag und die gesetzlich zulässige Arbeitszeit von 60 Stunden möglich werden. Die KollegInnen am Bau fürchten, dass sie bei einem derartigen Abschluss mit letztendlich 10% weniger Lohn dastehen werden. Da stellt sich die Frage, warum mensch dann überhaupt noch Tarifverträge macht.

Die Tarifverhandlungen wurden daher auch am 03.05. ergebnislos abgebrochen, eine Schlichtung unter der Ägide von Heiner Geissler soll anberaumt werden. Nichtsdestotrotz bereitet sich die IG BAU auf einen Streik vor, auch die Bürokratie muss vor dem Hintergrund des Angriffs auf Errungenschaften dabei mitziehen, wenn sie sich nicht selber überflüssig machen will. Eine Befürchtung bleibt, dass es nämlich im Rahmen von Aktionen und Streiks wie 1997 zu rassistischen Übergriffen auf untertariflich oder illegal beschäf-

tigte ArbeiterInnen aus Ost- oder Südwesteuropa kommt. In Hamburg und Schleswig-Holstein, wo sich im Streikfall wahrscheinlich das Zentrum der Aktionen befinden wird, versucht die IG BAU dem aktiv entgegen zu wirken. So gibt es verschiedene Ansätze, die dortigen „nichtdeutschen“ ArbeiterInnen zu organisieren und einzubeziehen. Ein führender Funktionär der Hamburger IG BAU sprach davon, dass es schießegal sei, ob jemand legal oder illegal beschäftigt sei, die Gewerkschaft müsse für alle da sein. In anderen Bundesländern sieht es in dieser Frage allerdings nicht so gut aus.

Bleibt schließlich noch die Hoffnung, dass die laufenden Streiks der MetallInnen sich so ausweiten, dass sie für die KollegInnen auf dem Bau Unterstützung und Inspiration bedeuten können.

Korrespondent Bau Hamburg

Bericht aus Stuttgart

Der Auftakt der Streikwelle in Baden-Württemberg fand am 6. Mai bei **Porsche/Zuffenhausen** mit 1.500 Kolleginnen und Kollegen statt. Es redeten der IGM-Vorsitzende Zwickel und der Bezirksleiter Huber. Porsche gilt als einer der kampfstärksten Betriebe und hatte im Vorfeld mit der Forderung nach 9,5% mehr Lohn für Aufmerksamkeit gesorgt. Es gab eine hohe und aktive Beteiligung an den Streikposten. Auch die Auszubildenden wurden in den Streik einbezogen. Bei **Lapp Kabel GmbH** lag die Streikbeteiligung bei 100%. Für einen Kleinbetrieb war der Streikposten stark besetzt. Hundertprozentig stand der Streik auch bei **Bosch Leinfelden**. Hier zogen 900 Angestellten und 600 ArbeiterInnen an einem Strang. Bei **Kühler Behr Feuerbach** lag die Produktion still. Auch hier nahmen die dort befindlichen Auszubildenden am Ausstand teil.

Korrespondent

Bericht aus Mannheim

Am 6. Mai begann der Streik bei **John Deere**. Hier wurde die Traktorenproduktion lahmgelegt. Einen Tag später war **Alstom Power** dran. ArbeiterInnen, Angestellte und die Azubis in der Produktion zogen in einer Demonstration zum anderthalb Kilometer entfernten Streiklokal. Die Torbesetzung wurde währenddessen aufrechterhalten.

Korrespondent



Erschreckend weit gelähmt

Bei den Nachfragen zur diesjährigen Tarifrunde in Bereichen außerhalb der IG Metall sprach Lisa Lang mit einem Bezirksvorsitzenden von *ver.di*

Frage: Wie wirkt sich der Streikbeginn in der Metallindustrie auf die Tarifrunden der Druck- und Papierindustrie aus?

Antwort: Von der Stimmung her macht dies sehr viel aus, von der Außenansicht wohl noch mehr. Traditionell ist dies ein kämpferischer Bereich aus der ehemaligen IG Medien. Jetzt sieht man die Chancen, endlich mal wieder eine wirkliche Reallohnsteigerung durchzusetzen, vielleicht sogar aus der generellen Defensive rauszukommen.

Frage: Wird es jetzt zeitgleich zu Streiks kommen und zu gemeinsamen Aktionen?

Antwort: Wir haben die letzte Woche mit den ersten Streiks angefangen. Die liefen nur wenige Stunden. Diese Woche wurden bereits verschiedene Belegschaften für einen ganzen Tag in den Streik gerufen. Aber wir dürfen keine zu hohen Erwartungen haben: Gerade im Zeitungs- und Belegbereich sind die Umstrukturierungen der Belegschaften und die Möglichkeiten, die sich aus der neuen Technik ergeben, in den letzten zwanzig Jahren so weit gegangen, dass das Erscheinen einer Zeitung von den Gewerkschaftsmitgliedern so gut wie nicht zu verhindern ist. Und das, obwohl der Organisationsgrad relativ gut ist. Zu viele KollegInnen an entscheidenden Stellen wurden einfach eingekauft. Bei einem Streik wird deshalb nur der Umfang der Zeitung etwas reduziert.

Und da die Zeitungsbesitzer gleichzeitig eine wichtige Stellung in der Meinungsbildung einnehmen, sorgen sie auch konsequent dafür, dass gerade über die Streiks in ihrem Bereich kaum berichtet wird.

Aktionen finden also statt, aber der große Kampf wird hier nicht geführt wer-

den. Mensch wartet erst mal ab, was die IG Metall hinbekommt.

Frage: Wäre es dann nicht sinnvoll, jetzt gemeinsam zu kämpfen?

Antwort: Was sinnvoll und was realistisch ist, sind immer noch zwei Paar Schuhe. Die schwierigen Kampfbedingungen und die Tatsache, dass die IG Metall immer noch die Lokomotive ist, lassen im Moment nichts anderes erwarten. Wir werden auf unserer Bezirksvorstandssitzung am kommenden Samstag über gemeinsame Aktionen in der Öffentlichkeit sprechen, aber große Erwartungen sollte man nicht haben. Dazu müsste die IG Metall jetzt selbst mehr in die Offensive gehen. Aber dort geht vieles nur mit halber Kraft, außerhalb von Baden-Württemberg sowieso.

Frage: Kann dann *ver.di* nicht die Tatsache nutzen, dass sie jetzt eine größere Organisation ist und mehr in die Waagschale werfen kann, weil die Verbindung zu anderen Bereichen leichter herzustellen ist?

Antwort: Das Gegenteil ist richtig. Wir sind immer noch viel zu sehr mit uns selbst beschäftigt. Im Grunde sind wir heute über weite Strecken politisch sehr gelähmt, weil wir nur am Herumdrehen sind, um die verschiedenen gewachsenen Bereiche aufeinander abzustimmen. Auch wenn die IG Medien zum Beispiel ebenfalls ein Zusammenschluss aus verschiedenen Bereichen war, so war sie doch im wesentlichen bestimmt von den Strukturen (nicht nur im Industriebereich), die über Jahrzehnte gewachsen waren. Bei *ver.di* ist das Ganze eine Nummer zu groß.

Dreizehn Fachbereiche müssen irgendwo miteinander in Verbindung ge-



bracht werden, aber es herrscht noch ein großes Durcheinander. Aus politischen Gründen hatten wir vorher für eine gewisse Eigenständigkeit in den Fachbereichen gekämpft, aber unter anderem auch wegen dieser Eigenständigkeit sind wir heute von einer wirklichen Schlagkraft weit entfernt. Ja in gewisser Weise ist die Situation sogar bedrohlich. Die Strukturen sind noch nicht eingelaufen, aber die Aufgaben werden eher größer, der Mitgliederverlust geht schließlich ungebremst weiter*.

Die Frage ist: Erreicht die Organisation bald genug den Schwung, den wir benötigen, um mehr zu organisieren als in der Vergangenheit? Irgendwo ist dies auch ein Wettlauf mit der Zeit. Solange jedenfalls die Selbstbeschäftigung so stark im Vordergrund steht, kann uns noch der ganze Laden um die Ohren fliegen. Eine gewisse Chance, in jedem Fall eine Herausforderung, wird die Situation nach der Bundestagswahl sein, wenn der Öffentliche Dienst seine Tarifrunde hat. Je nachdem, wie die Wahl ausgeht und je nachdem, welche „Reformen“ angekündigt werden, wenn die Katze also aus dem Sack gelassen wird, kann dies den Widerstandswillen anspornen. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls ist mit einer wirklich aktiven politischen Unterstützung der Metall-Tarifrunde durch *ver.di* nicht zu rechnen. Dafür sind wir zu sehr mit uns selbst beschäftigt.

09.05.02



Aktion von DGB-Jugend und Attac gegen Gesundheitsdemonstration

14. September, Köln: Freibeuter entern Köln – Her mit dem schönen Leben!

Aus der Ankündigung: Wir sind wieder da: Mit der Kampagne „Her mit dem schönen Leben“ nehmen junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihre Zukunft selbst in die Hand. Ausbildung, Beruf aber auch der Erhalt des paritätisch finanzierten Gesundheitssystems sind uns wichtig. Jetzt wird umverteilt – und zwar richtig. Denn das Leben ist mehr als eine Party. Demonstration und Abschlussfestival.

Info des RSB „Gesundheitspolitik – Ein Mordgeschäft“ unter www.rsb4.de

Kinder, Küche, Kirche – Fesseln im Streik?

Wie verhalten sich Frauen in Streiksituationen? Aktiv in Streiks einbezogen, verhalten sie sich nicht wesentlich anders als Männer. Bilder der Warnstreiks zeigen Frauen ebenso mit Streiksymbolen versehen wie Männer in den Reihen.

Für die reguläre Arbeitszeit haben sie ihr Familienleben so organisiert, dass es keine besonderen Probleme gibt. Wenn die Briefzentren der Post bestreikt werden – und das ist recht wirksam –, sind Frauen die Streikenden; wenn es Streiks im Einzelhandel gibt, sind es auch vorwiegend Frauen. Teilzeitjobs und prekäre Beschäftigung sind sicher zu überwindende Hindernisse.

Schwierig ist es aber in Bereichen mit den typischen pflegerischen Frauenberufen. Ist aber die Gewerkschaftsführung konsequent, kommt es (auch bei niedrigem Organisationsgrad) selbst dort dazu, Krankenhäuser lahmzulegen, wenn auch nur für kurze Zeit. So in Hamburg 1992, wo es auch eine lebendige Demonstration gab. In der schlecht bezahlten und belastenden Altenpflege kann frau kaum streiken, selbst eingeschränkter Dienst hätte Folgen, die Frauen kaum verantworten wollen. Hier zeigt sich ein Dilemma! Eine Maschine lahmzulegen ist etwas anderes, als einem Menschen Hilfe nicht zu gewährleisten. Verantwortlich fühlen sich die direkt Handelnden, die eigentlich Verantwortlichen sind unsichtbar. Sollten sie als wahre Menschenfreunde Aushilfe leisten wollen, wäre das wohl eher ein Kuriosum.

BESETZUNGSSTREIKS

Ein zweites Dilemma zeigt sich bei Besetzungstreiks. Nur in den seltensten Fällen können Frauen im Betrieb bleiben. In fast allen Gesellschaften sind sie verantwortlich für Kinder, Küche, Alte, Alltag. Sie haben eine zweite Schicht zu absolvieren, und dabei geht es oft um existentielle Probleme. Kinder können nur sehr eingeschränkt aufbewahrt werden.

Bei der eher symbolischen Werftbesetzung 1992 in Wismar bei MTW (Mathias-Thesen-Werft) standen Männer wie Frauen vor dem mit einer Kette gesicherten Haupttor. Die Frauen waren qualifizierte Ingenieurinnen, selbstbewusst, überzeugt, dass die Kindereinrichtungen ver-

teidigt werden müssen, wenn sie sich eine Chance bewahren wollen. Das hat die Frauen nicht vor Erwerbslosigkeit bewahrt, ihnen aber eine größere Hartnäckigkeit bei ihren Forderungen ermöglicht.

Als in Gdansk 1980 die Leninwerft bestreikt wurde – ausgelöst durch die Maßregelung der Kranführerin Anna Walentinowicz –, waren nur wenige Frauen dauerhaft auf dem Gelände. Ihre Unterstützung darf aber nicht unterschätzt werden. Sie erhielten das Alltagsleben aufrecht, sie sorgten für die Streikenden auf dem Werksgelände, waren Multiplikatorinnen. Ehrlich reflektierende Männer sind sich der großen Bedeutung der Haltung der Frauen bewusst. Aktive und passive Streikunterstützung stärkt.

UNTERSTÜTZERINNENKOMITEES

Lange andauernde Streiks führen dazu, dass sich Frauen in Unterstützungsgruppen zusammenrotten, so beim Streik in Rheinhausen 1987. Eine Fraueninitiative entstand, die sich ganz bewusst zur Streik-



unterstützung gründete. Beim großen Bergarbeiterstreik im United Kingdom halfen die Frauenkollektive auch beim blanken Überleben, gemeinsam zu kochen spart Geld und stärkt den Widerstand. Zudem waren in diesem Fall die Frauen hervorragende Propagandistinnen.

Noch ein kleines Beispiel, mehr eine Kuriosität. Als die Kalikumpel in Bischofshofen ihre Arbeitsplätze verteidigten, haben sie, im katholischen Eichsfeld ansässig, eine Delegation zum Papst nach Rom entsandt. Dass es sich nicht um einen demütigen Bittgang handelte, wurde auch

dadurch dokumentiert, dass die Bitte um Stellungnahme des Papstes in Privataudienz vorgetragen wurde von einer Frau – einer protestantischen Pastorin. Alle diese Beispiele sollen auch zeigen, dass es nicht allein um eine aktive Beteiligung an Streiks geht, sondern auch um ein aktives Umfeld.

AUSSERHALB EUROPAS

Um die Problematik der Frauenrolle in Arbeitskämpfen von einer ganz anderen Seite zu beleuchten, sollten wir über die Grenzen Europas schauen. In den quasi rechtsfreien Zonen der Sonderwirtschaftsgebiete der sog. Drittweltländer gibt es keine Möglichkeit der Gegenwehr. (Un)rechts- und Arbeitsbedingungen erlauben jede Willkür des Arbeitgebers. Aber auch in der „freien Marktwirtschaft“ sind Frauen eingeschränkt. Ein Beispiel aus Sri Lanka. Diamantschleiferinnen traten in den Streik, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Außer um Lohnforderungen ging es vor allem um Arbeitssicherheit, um Schutz vor dem feinen Diamantstaub und vor Verletzungen, nebenbei sogar um eine körpergerechte Sitzgelegenheit... Am hartnäckigsten wehrten sich zwei sehr junge Frauen, die aus Protest sogar auf das Dach eines Ministeriums kletterten. Sie haben damit erreicht, dass das Problem öffentlich wurde, denn so etwas lassen sich die Medien nicht entgehen. Für sie selbst endete die Aktion allerdings nicht mit einem Sieg. Beide sagten aber ganz entschieden, dass sie das alles nur tun konnten, weil sie jung und unabhängig seien. Als verheiratete Frauen, gar mit Kindern, also mit Verantwortung für andere, hätten sie nicht so konsequent handeln können.

Natürlich sind Frauen oft aktiv Streikende, sie sind jedoch durch ihre Doppelrolle stark eingeschränkt. Aber Frauen haben vielfältige Möglichkeiten der Unterstützung.

Trotzdem – wir sollten uns einmal vorstellen, was ein genereller Streik der Frauen bewirken könnte – und sei es nur für vier Stunden.

Einfach morgens am Tisch sitzenbleiben...

B.S.

Politikwechsel oder Sozialistische ArbeiterInnenpartei?

Einige Linke in den Gewerkschaftsvorständen fordern von der Bundesregierung einen „Politikwechsel“. SPD und Grüne sollen endlich Schluss mit der sozialen Demontage und eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen.

Manche stellen sich den „Politikwechsel“ der Regierung etwa so vor wie das Haarefärben. Erst trägt der Kanzler grau, plötzlich wechselt er auf rosarot. Wie wir im Fall Schröder wissen, ist schon das Färben nicht einfach. Aber die Forderung nach einem „Politikwechsel“ der Bundesregierung ist Fantasterei.

REGIERUNG DES KAPITALS

Die BRD ist das wirtschaftlich stärkste kapitalistische Land Europas. Ihre Regierung wird von vielen Interessen bestimmt: dem Kapital im engeren Sinne, also den 300.000 KapitaleignerInnen und 3,6 Millionen kleinen Selbständigen, über die 100.000 ManagerInnen und 400.000 leitenden Angestellten, die Kaste von 100.000 BerufspolitikerInnen in Staat und Staatsparteien und das Offizierskorps der Bundeswehr ... bis hin zur Zusammenarbeit mit der kapitalistischen EU und den USA. Die 41 Millionen Lohnabhängigen und Erwerbslosen stellen 90 Prozent aller Erwerbstätigen. Aber sie haben keinen direkten Einfluss auf die Regierung. Sie können höchstens alle vier Jahre „mitbestimmen“,

wer die Interessen des Kapitals verwaltet und ihnen das Geld aus den Taschen zieht: Schröder-Fischer oder Stoiber-Westerwelle.

LÄNGST GEWECHSELT

Der ehemals linksradikale *Antirevisionist* der Jusos und der frühere Straßenkämpfer des *Revolutionären Kampfs* haben ihre linken „Einsichten“ schon lange für eine Karriere im Staatsapparat eingetauscht. Aus der *Enteignung der Großbetriebe* wurde die *Abschaffung der Gewerbesteuer*. Aus *Nato Nein* wurde der *Kriegseinsatz der Krisenreaktionsstreitkräfte*. Der sozialdemokratische Kanzler und sein grüner Außenminister haben ihren „Politikwechsel“ nicht vor, sondern längst hinter sich.

BEISPIEL FRANKREICH

Wir brauchen keine Fata Morgana vom „Politikwechsel“. Wir brauchen ein handfestes Werkzeug zur Durchsetzung der Klasseninteressen der Lohnabhängigen. In Frankreich haben die revolutionären Organisationen LCR (*Ligue communiste*

révolutionnaire, französische Sektion der IV. Internationale) und LO (*Lutte ouvrière*) bei den Präsidentschaftswahlen über 10 Prozent d.h. 2,8 Millionen Stimmen bekommen. Aber ihr Gewicht in den Betrieben und auf der Straße ist um ein Vielfaches größer als auf der Wahlbühne. Sie mobilisieren Zehntausende für das Verbot von Entlassungen in gewinnbringenden Betrieben. Gemeinsam mit den Erwerbslosen kämpfen sie für ein Mindesteinkommen. Sie organisieren KollegInnen aus ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen im Kampf für gewerkschaftliche Rechte bei McDonalds. Sie sind der Motor in den Demonstrationen gegen Le Pen. Sie verteidigen die Rechte der illegalen EinwandererInnen als einem Teil der Lohnabhängigen.

Eine sozialistische ArbeiterInnenpartei brauchen wir auch in der BRD. Sie wird nicht am Grünen Tisch, sondern nur aus den Kämpfen der Gewerkschaftsbewegung entstehen können. Zu ihrem Aufbau wird der RSB seinen Beitrag leisten.

B.B.

Gysi hat Zeit für Bush – aber nicht zum Demonstrieren

Der Bush-Besuch in Berlin am 22. und 23. Mai bringt die PDS ordentlich ins Trudeln. Einerseits will sie ihren Ruf als Anti-Kriegs-Partei aufrecht erhalten und ruft zur Gegendemonstration verschiedener Friedensgruppen am 21. Mai auf. Doch andererseits gibt es da die Regierungssolidarität.

Die hätte Gysi fast dazu verpflichtet, als ranghöchster Offizieller Berlins den amerikanischen Kriegspräsidenten ehrenvoll zu empfangen. Gysi war dazu bereit – Adel verpflichtet. Doch Wowereit (SPD), der Regierende Bürgermeister, übernimmt diese Chefsache nun doch selber und hat dafür seine Geschäftsreise nach Australien abgesagt. Jetzt können also die PDS-SenatorInnen dem Willen ihrer Partei entsprechend an der Demonstration teilnehmen?! Das sieht der Koalitionspartner gar

nicht gerne. Und obwohl zumindest die Sozialsenatorin Knake-Werner ihre Teilnahme an der Demonstration schon angekündigt hatte, erklärte Wowereit: „Ich habe die Zusicherung des Senats, dass niemand an den Demonstrationen teilnehmen wird.“

Da aber schon die Sparmaßnahmen des „rot-roten“ Senats zeigen, dass bei der PDS das Mitregieren sehr viel wichtiger ist als das eigene Programm oder vergangene Versprechungen, wird die Entscheidung

nicht an der Demonstration teilzunehmen, Knake-Werner vielleicht doch nicht so schwer fallen. Die beiden anderen PDS-Senatoren, Gysi und Flierl, haben es da einfacher: sie haben „keine Zeit“. Gysis Sprecher nannte „Gespräche mit Vorständen in Gysis Amtszimmer und ein Firmenbesuch“ als unaufschiebbare Verabredungen am 21. und 22. Mai. Nur für Bush hätte er da wohl eine Ausnahme gemacht – „Aye aye, Sir! Käpt'n Gysi steht zu Ihrer Verfügung!“

Richard Lux

DAIMLER-CHRYSLER BRASILIEN:

Gelebte internationale Solidarität

Im krassen Gegensatz zur Standortpolitik deutscher Gewerkschaften hat die Gewerkschaft der Metallarbeiter von ABC-CNM/CUT einen Solidaritätsstreik im Werk Daimler-Chrysler von São Bernardo durchgeführt. Sie haben ihre Ankündigung (siehe die beiden nachfolgenden Dokumente) wahr gemacht und tatsächlich vor dem Werkstor eine Kundgebung durchgeführt und die Arbeit eine halbe Stunde später aufgenommen. Wir sind gespannt, ob und in welcher Form die Mitgliederzeitschrift *metall* darüber berichten wird.

Liebe Brüder und Schwestern!

Wir haben gehört, dass Ihr gerade die Abstimmung über Euren Streik durchführt, und wollen Euch anlässlich dessen unsere Solidarität versichern. Ein erfolgreicher Kampf der Arbeiter in Deutschland wirkt immer wie ein Leuchtturm, ein Beispiel für die brasilianischen Arbeiter.

In Anbetracht dessen, was in den letzten Streikbewegungen in Brasilien (November 2000) und in Südafrika (August 2001) passierte, als die Firma versuchte, die Arbeiter und ihre Gewerkschaften zu erpressen, indem sie drohte, als globaler Konzern die entsprechenden Produkte aus anderen Teilen der Welt zu besorgen, haben die Arbeitervertreter bei Daimler-Chrysler Brasilien beschlossen, klar zu zeigen, dass sie es nicht hinnehmen werden, gegen die Brüder und Schwestern in Deutschland ausgespielt zu werden. Deshalb werden wir einen Solidaritätsstreik von mindestens einer halben Stunde zu Beginn der Frühschicht am 6. Mai in der Fabrik São Bernardo (LKW und Busse) durchführen und am 7. Mai in der Fabrik Juiz de Fora (C und A-Klasse). Wir stehen für weitere Solidaritätsaktionen zur Verfügung, wenn Ihr uns braucht.

Wir wünschen Euch Kraft und viel Erfolg! Euer Kampf ist unser Kampf!

In Solidarität,
Valter Sanchez

Koordinator des Betriebsrates bei Daimler-Chrysler Brasilien, Werk São Bernardo, Gewerkschaft der Metallarbeiter von ABC-CNM/CUT

Liebe Brüder und Schwestern!

Wir, die 9.800 Arbeiter von Daimler-Chrysler Brasilien, Werk São Bernardo, haben heute in Solidarität mit Eurem Streik eine halbe Stunde später die Arbeit aufgenommen und [während der Versammlung vor dem Tor – *die Red.*] einstimmig beschlossen, dass wir keine zusätzlichen Achsen, Motoren, Teile usw. herstellen werden, die möglicherweise nach Deutschland exportiert werden könnten, um es der Geschäftsleitung unmöglich zu machen, damit Euren Streik zu unterlaufen. Morgen werden wir Gleichartiges im Werk Juiz de Fora und am Mittwoch in Campinas machen. Sobald wir Fotos davon haben, werden wir sie Euch schicken.

Wir wünschen Euch Kraft und Erfolg!

Valter Sanchez, Werk São Bernardo, Brasilien



27. JULI – 2. AUGUST 2002 IN FRANKREICH:

19. Internationales Sozialistisches Sommercamp

Das diesjährige internationale Sommercamp wird von Jugendlichen der IV. Internationale in Südfrankreich organisiert. Es steht unter dem Motto: „Kriegstreibend und profitgierig, dies ist nicht unsere Globalisierung! Schaffen wir eine andere Welt!“

Das Sommercamp bietet die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren. Die Riesendemo von Barcelona gegen die Globalisierung, der Generalstreik in Italien,

die Bewegung gegen Le Pen in Frankreich, der Metallstreik in der BRD – eine Woche lang werden über 500 Jugendliche aus ganz Europa diskutieren, Erfahrungen austauschen und viel Neues kennen lernen. Aber auch der Spaß wird dabei nicht zu kurz kommen.

Jeden Tag findet ein politisches Programm mit Diskussionen in Foren und Workshops statt. Gäste von anderen Kontinenten werden von Kämpfen in ihrer

Heimat berichten. Der/die Einzelne hat die Auswahl. Fremdsprachen? Kein Problem, denn für Übersetzung ist gesorgt. Das Camp ist von den TeilnehmerInnen selbst organisiert. Übernachtet wird in Zelten. Der Preis beträgt 127 Euro. Darin ist ein Solibeitrag für Jugendliche aus ärmeren Ländern enthalten. Denn das Camp ist ein Ort gelebter Solidarität!

**Infos und Anmeldung unter RSB-Büro
oder sommercamp@rsb4.de**

Frankreich nach den Präsidentenwahlen

Der zweite und entscheidende Durchgang der französischen Präsidentenwahlen brachte Chirac den auch in der Höhe erwarteten Sieg über Le Pen. Vorausgegangen waren massive Mobilisierungen gegen den *Front National*, die in den beiden Wochen zwischen den Wahlgängen und besonders am 1. Mai Millionen auf die Straße brachten.

In erster Linie waren es Jugendliche, die den Aufrufen des antifaschistischen Netzwerks *Ras l'Front*, der LCR und anderer Organisationen folgten. In vielen Städten kam es zu Vollversammlungen an Schulen und Universitäten, die dann den Ausgangspunkt für neue Aktivitäten



bildeten. Bemerkenswertes Novum ist eine Tendenz zur Organisierung, die den Verbänden beträchtlichen Zulauf beschert und der LCR (französische Sektion der IV. Internationale) eine Flut von Anfragen nach Mitarbeit oder Mitgliedschaft verschafft.

Die Parteien der *Gauche Plurielle* (der Regierungslinken) gefielen sich – abgesehen von den Jugendorganisationen der PC (Kommunistische Partei) und der PS – eher in Zurückhaltung, die erst zögernd und unter dem Druck der Basis aufgegeben wurde. Auch die traditionellen Gewerkschaften taten sich schwer, die gewohnte Distanz zu den sozialen Bewegungen und der revolutionären Linken abzulegen. In gewohnter Manier ignorierten sie ihr eigenes Versagen, das den Aufschwung der Faschisten erst ermöglichte, und suchten sich ihren Sündenbock in der radikalen Linken.

Ausgerechnet den revolutionären Organisationen, die stets in vorderster Front gegen den Faschismus mobilisiert haben, werfen sie vor, durch ihre Kandidatur Jospin Stimmen entzogen und Le Pen zum Erfolg verholfen zu haben. Abgesehen davon, dass mit Jospin, Hue, Mamère und Taubira vier verschiedene Kandidaten die Stimmen der *Gauche Plurielle* streuten und somit das Argument auf den Urheber zurückfällt, haben sich die revolutionären Organisationen sicherlich in keinem Moment als Befürworter des Regierungs-

bündnisses und seiner neoliberalen Politik begriffen. Die KP, die mal wieder tief in der antitrotzkistischen Mottenkiste kramt, sollte sich eher den Wahlanalysen bezüglich des „roten Gürtels“ um Paris widmen, wo in den KP-verwalteten Gemeinden



reichlich „Proteststimmen“ für Le Pen abgegeben wurden. Wie will man einen „Aufbruch nach links“ glaubwürdig verkaufen, wenn man fünf Jahre lang Privatisierungen und Sozialabbau mit vertreten hat?

Die revolutionäre Linke muss und wird – wenn sie ihren Kredit nicht wieder verspielen will – die Mobilisierungen auf

der Straße und in den Betrieben und Schulen fortführen. Sie richtet sich dabei sowohl gegen die *Gauche Plurielle* als auch gegen Chirac, dessen Wahl keineswegs als Plebiszit für seine anti-soziale law-and-order-Politik zu verstehen ist. Die LCR tritt

hierbei für ein Aktionsprogramm mit der Perspektive einer gesellschaftlichen Veränderung ein. Auf diesen Positionen werden auch Kandidaten für die Parlamentswahlen im Juni aufgestellt, wobei *Lutte ouvrière* (LO) leider eine gemeinsame Kandidatur bzw. Wahlabsprachen abgelehnt hat. Die LCR hatte unter Betonung der besonderen Verantwortung der beiden Organisationen vorgeschlagen, aufgrund der Kürze der Zeit und mangels gemeinsamer Plattform die Wahlkreise aufzuteilen und sich gegenseitig auf der Basis einer gemeinsamen Erklärung zu unterstützen. LO, die sich seit bald zwei Jahren einer gemeinsamen Diskussion verweigert, lehnte diesen Vorschlag ab, u.a. ausgerechnet mit dem Argument, ohne gemeinsames Wahlprogramm sei der Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet (*Communiqué* vom 6.5.02). Die Folgen sind unter Umständen zu ernst, als dass man über diese heilige Einfalt lächeln könnte.

Die entscheidenden Schlachten werden jedoch nicht in den Wahlkampagnen oder gar im Parlament ausgefochten. Die LCR hat die Zustimmung zu ihrem Präsidentschaftskandidaten Besancenot (immerhin auf Anhieb 4,3%) durch ihre vorausgegangenen Aktivitäten in den Straßen und Betrieben erworben. Dort wird sich auch die Zukunft der Organisationen entscheiden.

Miwe